

jugendsozialarbeit nord

- I n f o d i e n s t -
Nr. 203, Februar 2019



Außerschulische politische Bildung und Jugendsozialarbeit: Herausforderungen in der Zusammenarbeit

Autoren: Dr. Karl Weber, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V. und Rüdiger Paus-Burkard, Direktor der Akademie Klausenhof

Jugendsozialarbeit und politische Bildung im Gespräch: Im November 2017 fand im Rahmen einer Tagung zum Thema „Politische Bildung und Jugendsozialarbeit“ ein Austausch zwischen der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit und der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland statt. Eine Kooperation im Rahmen des Bundesprogrammes „Respekt Coaches“ mit den Jugendmigrationsdiensten war ein weiterer Anlass, um Herausforderungen zu beschreiben und Perspektiven zu formulieren. Die folgenden Bemerkungen verstehen sich als eine erweiterte Spurensuche aus Sicht der außerschulischen politischen Bildung in einem für beide pädagogischen Akteur/innen noch unübersichtlichen Gelände. Zum Referenzpunkt zur Überprüfung der Tagungsergebnisse wird der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (KJB) gewählt. Er bietet ein Zwischenergebnis der jugendpolitischen Debatte und kann zum Abgleich und zur Weiterführung der Diskussion beitragen.

1. Professionen im Austausch

Doch wie ist die Ausgangslage? In früheren Zeiten war alles besser, folgt man dem Ausschreibungstext der Tagung: Sozialarbeiter/innen hätten sich „traditionell ... oft als sozialpolitisch verstanden“ und damit verbunden sei politische Bildung „mindestens als Querschnittsaufgabe der Jugendsozialarbeit mitgedacht“ worden. Dieses Verständnis sei verloren gegangen. Im Hintergrund dieser Erstdiagnose wirken offensichtlich Bilder aus den siebziger Jahren. Gesellschaftspolitisches Engagement und sozialarbeiterische Praxis gingen damals fließend ineinander über. In den konfessionellen Milieus zum Beispiel in den katholischen und evangelischen Studentengemeinden wurden sozialpolitische Arbeitskreise (SPA) gegründet. Sie propagierten eine sozialpolitische Bildung „von unten“ und institutionalisierten sich später in einer bundesweiten Arbeitsgemeinschaft. Auch die Gründung des Arbeit für alle e. V., der Beschäftigungsinitiativen in Trägerschaft von katholischen Jugendverbänden bündelt, fällt in diesen Zeitraum.

Inhalt

- Außerschulische politische Bildung und Jugendsozialarbeit: Herausforderungen in der Zusammenarbeit, Dr. Weber/ Paus-Burkhard
- Resiliente Organisationen - ein Megatrend für die Zukunft
- Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September 2018
- Neues aus dem Norden
 - Jugendarbeitslosigkeit
 - Aufruf zum Aktionstag am 19. März 2019: "Jugendberufshilfe am seidenen Faden ... ?"
 - Fortführung der Maßnahmen für Schülerinnen und Schüler aus dem Berufsbildenden Bereich (SiJu)
- Neu im Netz
- Neu erschienen
- Neu ausgeschrieben
- Veranstaltungen
- Impressum

Dem vermeintlichen Befund einer seitdem eingetretenen schleichenden Entpolitisierung der Sozialarbeit wurde auf der Tagung jedoch vehement widersprochen. Die Vertreter/innen der Jugendsozialarbeit beriefen sich auf die zum Teil breit angelegten Kampagnen der Sozial- und Wohlfahrtsverbände zur Demokratieförderung. Paradigmatisch wäre die 2016 begonnene Initiative des Deutschen Caritasverbandes zur gesellschaftlichen Teilhabe zu nennen. Sie ist ein Indiz dafür, dass auf Ebene der Verbände das Bewusstsein für die sozialpolitische und gesellschaftliche Verantwortung keineswegs verloren gegangen ist (vgl. DCV 2017). Andere Aktionen von konfessionell ungebundenen Trägern gehen in dieselbe Richtung (vgl. Tabacovic 2017 zum IB). Darüber hinaus sieht sich die soziale Arbeit in ihrem internationalen Selbstverständnis als „eine praxisorientierte Profession und wissenschaftliche Disziplin“, die „gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen“ fördert. „Die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, die Menschenrechte, die gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt bilden die Grundlage der Sozialen Arbeit“.

Die intensive Debatte um das „politische Mandat“ der sozialen Arbeit, die auf der Tagung keine wesentliche Rolle spielte, verdeutlicht zudem, dass hier Entwicklungen stattgefunden haben, die von der politischen Bildung im Austausch mit der Jugendsozialarbeit stärker wahrgenommen werden müssen (vgl. dazu Schäfer 2018). Dabei hilft es jedoch beiden Partnern wenig, sich vordergründig heldenhaft der jeweiligen Politikfähigkeit zu vergewissern. Vielmehr geht es darum, Abhängigkeiten von Politik zu erkennen (Thimmel 2016) und die Wirkmächtigkeit des jeweilig dahinterliegenden Politikbegriffes für die eigene Profession zu erkennen. Es macht einen gravierenden Unterschied, ob sich die Arbeit an der Vermittlung von Grundsätzen einer deliberativer Demokratie mit ihrer manchmal anstrengenden Streitkultur zur Koordinierung unterschiedlicher legitimer Interessen orientiert oder ob sie in autoritärer Absicht Akzeptanz verordnen will.

Um diesen Begriff des Politischen ging es implizit auch, wenn die in der Jugendsozialarbeit Tätigen die Rolle und Aufgaben der politischen Bildung anfragten. Anders als Sozialarbeiter/innen gehen politische Bildner/innen in der Regel mit sehr unterschiedlichen beruflichen Vorerfahrungen in ein Feld, „das in einem engeren Sinne“ unter einer „Sammelbezeichnung für alle bewusst geplanten und organisierten, kontinuierlichen und zielgerichteten Maßnahmen von Bildungseinrichtungen“ gearbeitet wird, „um Jugendliche und Erwachsene mit den zur Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben notwendigen Voraussetzungen auszustatten“ (Massing 2013).

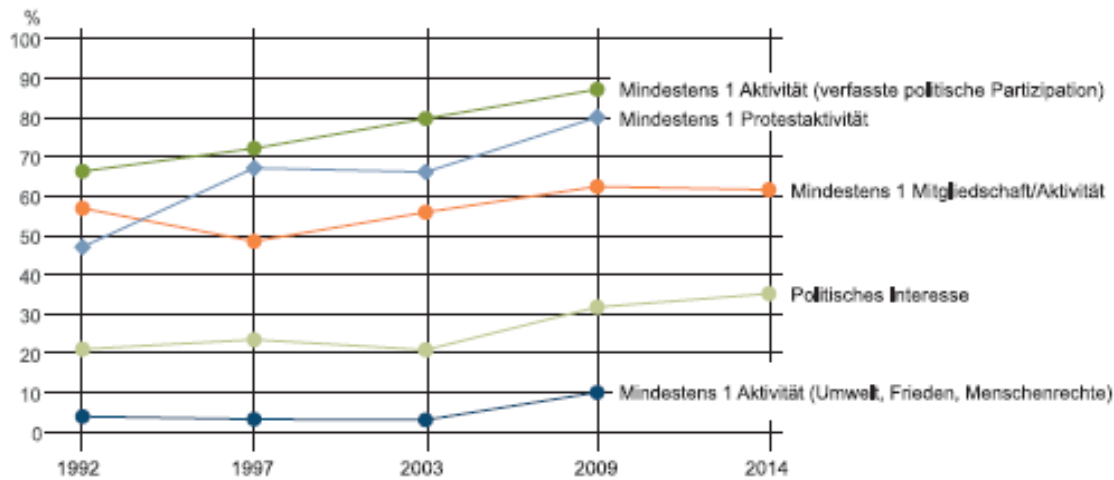
Diese Formel zeichnet ein realistisches Bild der Bedingungen des fachdidaktischen Diskurses der außerschulischen politischen Jugendbildung: In einer pluralen Vielfalt geben die jeweiligen Einrichtungen und Verbände die inhaltlichen Leitplanken vor. Einiges Band ist bis heute der sogenannte „Beutelsbacher Konsens“ aus den siebziger Jahren. Seine drei wesentlichen Prinzipien, das Überwältigungsverbot, also der Verzicht auf Indoktrination, die Vorstellung kontroverser Positionen in Wissenschaft und Politik im Bildungsprozess (Kontroversitätsgebot) und die Befähigung der Teilnehmer/innen eigene Interessen zu artikulieren, sind bis heute ein tragfähiges, wenn auch nicht unumstrittenes Fundament.

Demokratieförderung ist dabei nur ein Teilbereich der außerschulischen politischen Bildung. Zwar ist Bildung für „Stabilität, Gefährdung und Entwicklung der Demokratie und demokratischen Kultur“ (Hafeneger 2018: 85) ein wichtiges Feld politischer Jugendbildung. Aber als alleinige Antwort auf eine Legitimationskrise der demokratischen Strukturen, die derzeit konstatiert wird, ist sie nicht ausreichend. Aspekte der sozialräumlichen und gesellschaftspolitischen Bildung sind mit zu bedenken, und deshalb ist die Kooperation zwischen Jugendsozialarbeit und politischer Bildung derzeit so gefragt.

2. Inklusive politische Bildungsarbeit als Herausforderung und Perspektive

Denn aus der gesellschaftspolitischen und sozialräumlichen Perspektive ergeben sich wichtige Differenzierungen.

Entwicklungstrends: Politisches Interesse, Partizipation und Aktivitäten in sozialen Bewegungen
18- bis 25-Jährige, 1992–2014, Anteil in %



(15. KJB Abb. 3-2, S. 231).

Das Interesse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an Politik hat zwar in den vergangenen Jahren zugenommen. In Anlehnung an die Shell-Studie (Schneekloth 2015) wird im KJB ein Interesse an Politik von 41% der Jugendlichen erhoben. Zugleich konstatiert der Bericht, dass dies „vor allem Jugendliche aus höheren sozialen Milieus und mit höheren vorhandenen oder angestrebten Bildungsabschlüssen [sind]. Hauptschüler/innen sowie Jugendliche mit Hauptschulabschluss gaben dagegen nur zu 24% an, politisch interessiert zu sein, wenngleich in dieser Gruppe ein Anstieg um sechs Prozentpunkte im Vergleich zu 2010 zu verzeichnen war. Ebenso sind es vor allem die jungen Männer, die ein stärkeres Interesse an Politik angeben als weibliche Jugendliche ... Analog gibt es bei der Demokratiezufriedenheit deutliche Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen (Ost: 54 %, West: 77 %) sowie zwischen Jugendlichen mit Hauptschulabschluss (56 %), mittlerer Reife oder Realschulabschluss (75 %) und Abitur oder FH-Reife (78 %) ...“ (KJB S. 232).

Die sozialen, genderbedingten und regionalen Unterschiede sind also signifikant. Dieser Befund wurde durch die praktischen Erfahrungen auf der Tagung bestätigt, sei es von Vertreter/innen der politischen Bildung oder aus der Arbeit einer Jugendbildungsstätte, die sich auf die Arbeit mit dieser Zielgruppe spezialisiert hat.

Ob eine zielgruppenspezifische Ansprache aber dafür eine Lösung ist, ist umstritten (Überblick zu jüngeren Forschungsarbeiten bei Becker 2017). Sie kann ihrerseits zu einer ungewollten Segregation beitragen. Möglichkeiten und Ansätze einer inklusiven Bildung, müssen daher in einem nächsten Schritt von Jugendsozialarbeit und politischer Bildung gemeinsam vertieft und konzeptionell aus Praxissicht durchdacht werden. Denn außerschulische Bildungsarbeit, zumal wenn sie konfessionell gebunden ist, ist nicht per se ein Lernort, der Spaltungen überwindet. Das Wissen um die je eigenen Teilnehmendenstrukturen, die bewusste Auswahl von Kooperationspartnern unter dem Gesichtspunkt einer inklusiven politischen Bildung sind wichtige Kriterien, um eigene blinde Flecken zu erkennen.

Zwei inhaltliche Aspekte wurden darüber hinaus benannt. Die Funktion der „politischen Informiertheit“ (vgl. dazu Thimmel 2016: 297 f.) und somit die kognitiven Elemente der Politischen Bildung. Politisches Wissen fördert Vertrauen in politische Institutionen. Die außerschulische Politische Bildung ist hier, insbesondere in der Arbeit mit heterogenen Gruppen, methodisch gut aufgestellt.

Ein zweiter inhaltlicher Bezug ergab sich im Blick auf das emotionale Setting in einer sich zunehmend polarisierenden Gesellschaft. Kognition und Emotion gehören zusammen. Emotionen sollen nicht ausgeblendet, sondern genutzt werden: „Realen Ängsten vor Arbeitslosigkeit, sozialem Abstieg oder Wohnungslosigkeit kann nur mit der Förderung von Handlungs- und Partizipati-

onskompetenzen, teils schon mit Bezügen zur sozialen Arbeit und Lebenshilfe begegnet werden“ (Achour 2018).

3. Ausblick

Die Überschneidungen von sozialer Arbeit und politischer Bildung werden in Zukunft zunehmen. Stichworte wie aufsuchende politische Bildungsarbeit stehen in einer größeren Linie, die ein zunehmendes Interesse an Politischer Bildung signalisiert: „Im Kontext der Qualifizierungs-, Selbstpositionierungs- und Verselbstständigungsprozesse im Jugendalter ist eine integrierte Politische Bildung in den alltäglichen „Arenen des Lernens“, der Schulen – insbesondere der Ganztagschulen –, der Kinder- und Jugendarbeit sowie anderer sozialer Dienste und öffentlicher Einrichtungen gefordert“ (KJB 472). Der 16. Kinder- und Jugendbericht, der in Frühjahr 2020 erscheinen soll, greift diesen Appell mit dem thematischen Fokus „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“ auf. Bundesweit tätige Verbände können mit reflektierter Bildungspraxis in ihrer Zusammenarbeit dazu Antworten geben.

Literatur

- Becker, Helle (2017), Angezielt und doch daneben? Wenig erreichte Zielgruppen der politischen Bildung - ein kritischer Über- und Einblick in Forschung und Praxis. In: Transferstelle politische Bildung Jahresbericht 2016, S. 9 - 28. Online verfügbar unter: https://transferpolitische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Material/Jahresbroschuere-2016-TpB-Zugaenge-web.pdf.
- DBSH (2016): Deutsche Übersetzung der Definition Sozialer Arbeit des FBTS und DBSH. Online verfügbar unter: <https://www.dbsch.de/profession/definition-der-sozialen-arbeit/deutsche-fassung.html> (zuletzt abgerufen am 31.1.2019).
- Deutscher Caritasverband (DCV), Initiative 2018–2020 der Caritas. Online verfügbar unter: <https://www.caritas.de/magazin/kampagne/zusammenhalt/strategie-der-initiative-fuer-gesellschaftlichen-zusammenhal> (zuletzt abgerufen am 31.1.2019).
- Hafener Benno (2018), Politische Bildung aus bildungspolitischer Sicht. In: Besand, Anja; Gessner, Susann (Hgg.): Politische Bildung mit klarem Blick. Festschrift für Wolfgang Sander. Schwalbach/Ts. S. 84-93.
- [KJB] BMFSFJ (2017), 15. Kinder- und Jugendbericht: Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Online verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/blob/115438/d7ed644e1b7fac4f9266191459903c62/15-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> (zuletzt abgerufen am 31.1.2019).
- Massing, Peter (2013), Politische Bildung, in: Andersen, Uwe; Woyke, Wichard (Hgg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden.
- Schneekloth, Ulrich (2015), Jugend und Politik: Zwischen positivem Gesellschaftsbild und anhaltender Politikverdrossenheit. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. 17. Shell Jugendstudie. Frankfurt a. M.
- Tabakovic, Petra (2018), Demokratieförderung und politische Bildung in der Jugendsozialarbeit – Aufgabe, Beitrag und Herausforderungen, in DREIZEHN Nr. 19, Mai 2018, S. 4-9. Online verfügbar unter: https://issuu.com/kooperationsverbund/docs/kvjs_dreizehn_nr19_web_einzelseiten (zuletzt abgerufen am 31.1.2019).
- Thimmel, Andreas (2016) Die politische Dimension in der internationalen Jugendarbeit. In: Böttger, Gottfried; Frech, Siegfried; Thimmel, Andreas (Hgg.): Politische Dimensionen internationaler Begegnungen. Schwalbach/Ts., S. 61-73.
- Thimmel, Andreas (2017), Demokratische Jugendbildung im Kontext von Migration und Europa. Praxisforschung an der Schnittstelle von Internationalität und Bildung. In: Henn, Daniela u. a. (Hgg.): Streifzüge durch die angewandte Sozialwissenschaft. Evaluation - Soziale Arbeit - Migration - Sozialpolitik: Dieter Filsinger zum 65. Geburtstag, S.297-312.

Eine ausführlichere Version des Artikels mit weiterführenden Beispielen und Literaturrehinweisen kann über infodienst@jugendsozialarbeit.de angefordert werden.

Resiliente Organisationen – ein Megatrend für die Zukunft

Arbeitsverdichtung und Beschleunigung führen heute mehr denn je zu Stress im Arbeitsleben. Die Welt ist volatil, komplexer und ambivalenter geworden und Menschen wie auch Organisationen reagieren darauf mit Stress. Was kann man aber tun, wenn die biologische Antwort des Menschen nur Kampf, Flucht oder Starre sind? Was es braucht, ist eine Kompetenz im Umgang mit Stress und Krisen sowie das Lernen aus dem eigenen Scheitern, nämlich Resilienz

Wenn Menschen resilient sind, dann reagieren sie flexibler auf herausfordernde Situationen, passen sich schneller an Veränderungen an und haben ein höheres Maß an Selbststeuerungsfähigkeit. Resiliente Menschen können eigene Emotionen regulieren. Sie durchleben die Krisen des Lebens gesünder und gehen gestärkt aus ihnen hervor. Bezogen auf Menschen und Organisationen beschreibt Resilienz die Entwicklung und die Nutzung von sowie den Zugang zu den Potenzialen, die Menschen dazu befähigen, Stressoren wie Niederlagen oder Schicksalsschläge besser und schneller zu meistern.

Jeder Mensch hat ein mehr oder weniger ausgeprägtes Maß an Resilienz. Die Frage ist, reicht es für die Anforderungen, die das Arbeitsleben mit sich bringt. Deswegen ist es relevant, nicht nur die eigene Resilienz zu stärken, sondern sich auch die Stressoren bewusst zu machen und auf die eigene Regeneration zu achten.

Ebenso notwendig ist es die organisationale Resilienz in einem Unternehmen zu verankern. Als zukunftsweisendes Konzept und Megatrend findet sie sich bereits in den Bereichen Kommunikation und Führung, im Spitzensport, aber auch im Beratungsbereich wieder, um nur einige zu nennen. Durch die Komplexität und die Schnelligkeit sind die Themen Resilienz, Stress und Selbstregulierung heutzutage wichtiger, denn je und eine notwendige Bereicherung zur Sicherung und Entwicklung aller Arbeitsbereiche. (ad)

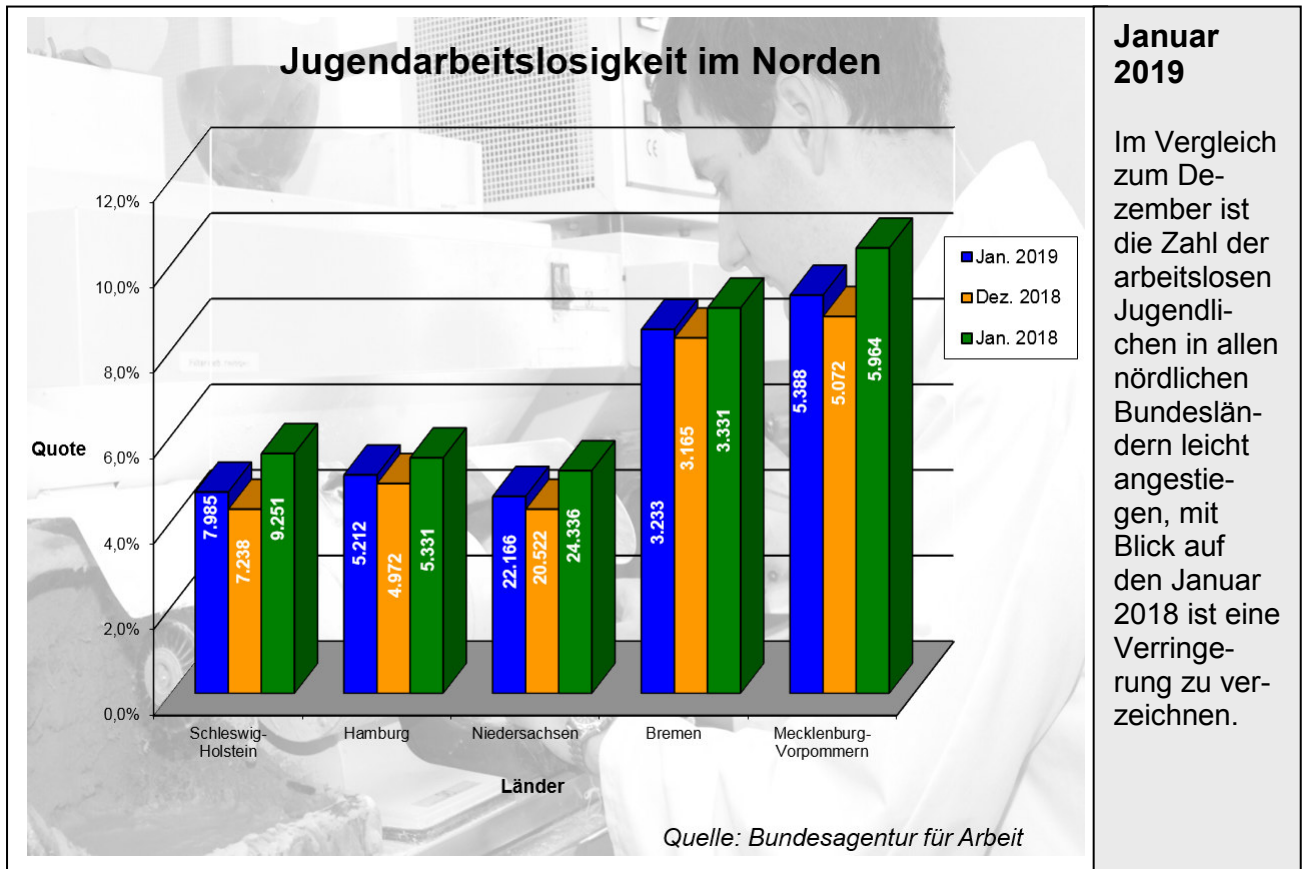
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September 2018

Wie jedes Jahr hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) die Ergebnisse einer Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30.09. vorgelegt. (Stand: 10.12.2018). Die Auswertung zeigt, dass der Ausbildungsmarkt 2018 wie in den vergangenen Jahren deutlich mehr Ausbildungsplatzangebote sowie eine erneut steigende Zahl an unbesetzten Plätzen aufweist. Mit 574.200 Plätzen erreichte das betriebliche Ausbildungsplatzangebot einen Höchststand seit 2009. Gleichzeitig fiel aber auch die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze, die nicht besetzt werden konnten, mit 57.700 Plätzen dreimal so hoch aus wie 2009. Die Bemühungen der Wirtschaft, die Nachfrage junger Menschen nach dualer Berufsausbildung zu steigern, zeigt geschlechtsspezifische Unterschiede: Während 384.900 junge Männer einen Ausbildungsplatz nachfragten, wurden bei den jungen Frauen nur noch 225.100 Nachfragen nach einer dualen Berufsausbildung gezählt. Auch dies ist ein historischer Tiefstand.

Weitere Details zur Analyse zum Ausbildungsstellenmarkt 2017/2018 finden Sie unter:
<https://www.bibb.de/de/83951.php>

Neues aus dem Norden

Jugendarbeitslosigkeit



Aufruf zum Aktionstag am 19. März 2019 "Jugendberufshilfe am seidenen Faden ... ?"



Im Rahmen der Diskussion um die Gestaltung und die Finanzierung der Jugendberufshilfe in Niedersachsen ruft der Vorstand der LAG JAW die Einrichtungen der Jugendberufshilfe zu einem landesweiten Aktionstag auf: Dieser Aktionstag wird am 19. März 2019 stattfinden!

Unter dem Motto "Jugendberufshilfe am seidenen Faden...?" soll an diesem Tag auf die wichtige Arbeit in den Jugendwerkstätten und Pro-Aktiv-Centren aufmerksam gemacht werden. Dazu werden die Einrichtungen der Jugendberufshilfe gebeten, ihre Arbeit pressewirksam in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Um die Wirksamkeit zu erhöhen können Verantwortungsträger aus der Landes- sowie aus der Kommunalpolitik eingeladen werden. Diese sollen sich ein Bild von der aktuellen Situation und der inhaltlichen Arbeit der Einrichtung mit den benachteiligten Jugendlichen vor Ort machen. Selbstverständlich sind auch andere kreative und öffentlichkeitswirksame Ideen willkommen, die unser gemeinsames Anliegen einer auskömmlichen Finanzierung politisch unterstützen.

Inhaltliche Argumentationshilfen und weitere Informationen für das zukünftige Anliegen der LAG JAW sind auf der Homepage hinterlegt. Vor allem wird das gemeinsame Eckpunktepapier der LAG JAW und der LAG FW dafür sehr hilfreich sein.

<http://nord.jugendsozialarbeit.de/geschaeftsstelle/lag-jaw/jugendberufshilfe-am-seidenen-faden/>.

Gern würde die Geschäftsstelle der LAG JAW schon im Vorfeld des 19. März 2019 die geplanten Aktivitäten in einem Aktionskalender auf ihrer Homepage dokumentieren. Das hat den Vorteil eines landesweiten Überblickes über die Aktivitäten vor Ort. Außerdem können sich die Einrichtungen untereinander hinsichtlich ihrer Aktionen inspirieren und möglicherweise verständigen. Deshalb bitten wir um eine kurze Meldung an Geschäftsstelle: lagjaw.nds@jugendsozialarbeit.de

Im Nachgang zum 19. März 2019 möchte die LAG JAW auf ihrer Homepage eine umfassende Dokumentation in Form von Presse- bzw. Kurzberichten, Fotos, Videoaufnahmen, Radiomitschnitten und anderem mehr über die durchgeführten Aktivitäten aufstellen, um das landesweite Anliegen auch hier noch einmal deutlich zum Ausdruck zu bringen. Von daher sind wir auf Ihre Mithilfe in Form von Rückmeldungen zu Ihren Aktionen angewiesen!

Der Vorstand der LAG JAW erwartet eine flächendeckende Beteiligung der Einrichtungen in Niedersachsen und freut sich über viele erfolgreiche Aktivitäten zum Aktionstag, um so den politischen Verhandlungen grundlegenden Nachdruck zu verleihen.

Für Nachfragen und weitere Informationen stehen die entsprechenden Verbandsvertreter sowie die Mitarbeiter/innen der LAG JAW - Geschäftsstelle zur Verfügung. (ad)

Fortführung der Maßnahmen für Schülerinnen und Schüler aus dem Berufsbildenden Bereich (SiJu)

Laut Auskunft der NBank beabsichtigt das Land ab dem 01.08.2019 eine Verlängerung der bestehenden Maßnahmen für Schülerinnen und Schüler aus dem Berufsbildenden Bereich (SiJu). Da eine Neubewilligung die reguläre Laufzeit von zwei Schuljahren den Förderzeitraum der Jugendwerkstätten überschreiten würden, hat sich das Sozialministerium im Einvernehmen mit dem Kultusministerium zu einer zeitlichen Verlängerung der bestehenden SiJu-Projekte um die Dauer eines Schuljahres (01.08.2019-31.07.2020) im Rahmen eines Änderungsverfahrens entschlossen. Die Verteilung der Teilnehmerplätze bleibt dabei unverändert.

Quelle: Infomail der NBank vom 15.02.2019

Neu im Netz

"dual & inklusiv" - das Projekt in zehn Minuten

Eine Anstellung auf dem ersten Arbeitsmarkt bleibt für viele junge Menschen mit Beeinträchtigung und Unterstützungsbedarf ein fernes Ziel. Hier setzt das Projekt "dual & inklusiv" der Stadt Hamburg an. Seit 2014 wurden in dem Projekt über 300 Jugendliche beim Übergang von der Schule ins Arbeitsleben begleitet. Ein Film zeigt ein Beispiel guter Praxis aus Hamburg.

<https://www.ueberaus.de/wws/dual-und-inklusiv.php>

Webportal für ehrenamtliche Flüchtlingshilfe

An Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe richtet sich ein neues Webangebot des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e. V. (DVV). Interessierte finden in dem Internetportal hilfreiche Tipps und Materialien für die Flüchtlingsarbeit, unter anderem zu den Themen "Deutsch lernen", "Asylrecht", "Interkulturelle Kommunikation" und "Herkunftsländer". Unter „Meine Rolle im Ehrenamt“ finden sich Anregungen zur Reflexion. Kostenlose Deutsch-Lernmaterialien zum Download, Video-Interviews mit Expertinnen und Experten sowie Erfahrungsberichte und Tipps von ehrenamtlich Engagierten runden das Angebot ab.

<https://vhs-ehrenamtsportal.de/>

Inklusive Berufsvorbereitung und Ausbildungsbegleitung in Brandenburg

Die inklusive Gestaltung der beruflichen Bildung kommt voran, Teilhabe an Regelangeboten ist möglich, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Ein Filmbeitrag zeigt, wie junge Menschen mit professioneller Unterstützung ihre Lernschwierigkeiten überwinden und als Auszubildende im ersten Arbeitsmarkt erfolgreich sind.

<https://www.ueberaus.de/wws/9.php#/wws/inklusive-berufsvorbereitung-und-ausbildungsbegleitung.php?sid=98888529796759884054960886091540>

Neu erschienen

Inklusion am Übergang in Ausbildung und Beruf – Hintergründe, Herausforderungen und Praxisbeispiele

Die BIBB-Schriftenreihe "Berichte zur beruflichen Bildung" befasst sich im aktuellen Band mit der Thematik der Inklusion am Übergang in Ausbildung und Beruf. Die Beiträge zeigen, wie die Teilhabe am allgemeinen Arbeitsmarkt verbessert werden kann. Durch ein jeweils individuelles Ausbildungsverhältnis bietet die duale berufliche Bildung gute Möglichkeiten, diese inklusiv zu gestalten. Während Inklusion in der Schule oft kontrovers diskutiert wird, findet sie in der Ausbildung oft einfach statt. Der Sammelband gibt Anregungen zu Strukturverbesserungen und Modernisierungen im Ausbildungssystem, die zu mehr Teilhabe in den Regelangeboten beitragen.

Download unter:

https://www.ueberaus.de/wws/bin/27523486-27546014-1-5c18b92931977_bzbb_arndt_u-a_inklusion_10122018.pdf

Wege in Ausbildung - Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis

Im Rahmen der Fachzeitschrift „Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis“ beleuchtet das BIBB in seiner aktuellen Ausgabe (1/2019) Wege in die Ausbildung. Angesichts rückläufiger Ausbildungszahlen geht diese Ausgabe der Frage nach, welche Jugendlichen sich für eine Berufsausbildung entscheiden, welche Motive sie dabei verfolgen und wie sie den Weg in ihre Ausbildung gefunden haben. Gleichzeitig richtet sich der Blick auf Unterstützungsangebote, die Jugendlichen diesen Zugang erleichtern.

Weitere Details unter: <https://www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/series/list/3>

Veröffentlichung "Digitalisierung braucht Zivilgesellschaft erschienen

Digitalisierung ist allgegenwärtig. Sie ist auch im Alltag der meisten gemeinnützigen Organisationen angekommen. Der digitale Wandel erzeugt einen erheblichen Veränderungsdruck bei Abläufen, Strukturen und inhaltlichen Angeboten. Dies wird eine Daueraufgabe bleiben, weil die Digitalisierung stetig Neues entstehen lässt, auf das es zu reagieren gilt. Dabei kann die Zivilgesellschaft mit ihren Stiftungen, Vereinen und Wohlfahrtsorganisationen selbst den digitalen Wandel mitgestalten.

Der Report "Digitalisierung braucht Zivilgesellschaft", ein Gemeinschaftsprojekt der Stiftung Neue Verantwortung, PHINEO, der Bertelsmann Stiftung und der Robert Bosch Stiftung, bietet einen strukturierten Zugang zu den verschiedenen Facetten des Themas und gibt Anregungen und Impulse, wie Akteurinnen und Akteure des Dritten Sektors selbst die digitalen Wandel als Thema aufgreifen und für ihre gemeinnützigen Zwecke nutzen können. Dieser Report richtet sich an zivilgesellschaftliche Organisationen, die gerade am Anfang der Auseinandersetzung mit dem Thema stehen, aber auch an alle, die besser verstehen wollen, wie Digitalisierung die Zivilgesell-

schaft bewegt und verändert. Im Blickpunkt steht dabei: Was machen die jungen Pioniere der digitalen Zivilgesellschaft? Wie gehen etablierte Organisationen mit dem digitalen Wandel um? Wie lässt sich das alles strukturieren? Und was brauchen die verschiedenen Akteure der Zivilgesellschaft aktuell, um auf allen relevanten Ebenen digital handlungsfähig zu sein?

Der Report ist online abrufbar unter:

https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2019-01/Report_Digitalisierung_braucht_Zivilgesellschaft_2019.pdf

Ergänzend steht eine Summary des Reports als pdf zur Verfügung:

https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/documents/2019-01/Summary_Digitalisierung_braucht_Zivilgesellschaft.pdf

Studie zur prekären Beschäftigung

Menschen ohne Berufsausbildung sind in Deutschland besonders oft prekär beschäftigt. Eine Ausbildung oder ein Studium schützen aber auch nicht vor prekärer Beschäftigung. Entscheidend ist, ob Menschen tatsächlich in ihrem erlernten Beruf arbeiten. Das zeigt eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), die prekäre Beschäftigung für den Zeitraum von 1993 bis 2012 untersucht hat.

<https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-004.pdf>

Handreichung „Alles nur Theater? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts“

Mit einer Handreichung wehren sich Kulturbetriebe in Deutschland gegen gezielte Angriffe von Rechten und Rechtspopulisten. Im Fokus steht die AfD. Die Partei versuche über Kommunal- und Landesparlamente Einfluss auf die Einrichtungen zu nehmen.

Kultureinrichtungen in Deutschland werden nach Angaben von Betroffenen immer stärker von Rechten und Rechtspopulisten bedrängt. Diese störten Theatervorstellungen, okkupierten Diskussionsrunden oder versuchten, mit Drohungen missliebige Veranstaltungen zu verhindern.

Eine im Deutschen Theater in Berlin vorgestellte Handreichung „Alles nur Theater? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts“ gibt den Häusern nun konkrete Tipps zum Umgang mit rechten Störern, öffentlichen Provokationen, Drohungen und parlamentarischen Anfragen.

Um Anfeindungen von rechts begegnen zu können, bedarf es nicht nur Kommunikations- und Handlungsmöglichkeiten, sondern auch einer Positionsbestimmung von Kunst und Kultur. Ziel dieser Publikation ist, Kulturschaffenden Orientierung in diesem Kulturkampf von rechts zu geben, um eigene Kommunikations- und Handlungsoptionen zu erarbeiten und bestenfalls selbst in die Offensive zu gelangen. Die Handlungsempfehlungen orientieren sich besonders an den staatlich geförderten Akteur/innen, da sie durch ihre Fördermittelsituation besonders angreifbar sind, zugleich weniger Spielraum in der Auseinandersetzung haben und daher stringente Umgangsformen und präzise Verabredungen benötigen.

Erarbeitet wurde die Handreichung von der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR). Projektleiterin Bianca Klose sagte, die Zunahme rechter Anfeindungen des Kunst- und Kulturbetriebs stehe beispielhaft für den gesellschaftlichen Rechtsruck, dem entschieden begegnet werden müsse. Sie rät den Einrichtungen, eine klare Haltung zu zeigen, anstatt zurückzuweichen.

Nachdem Politiker der AfD angekündigt hatten, den Kulturbetrieb „entsiffen“ zu wollen, versuche die Partei über die Kommunal- und Landesparlamente Einfluss auf die Einrichtungen zu nehmen, unter anderem durch die Androhung von Mittelkürzungen oder die Forderung nach absoluter

politischer Neutralität öffentlich geförderter Kulturbetriebe. Auch hier rät Klose den Häusern, sich nicht hetzen und verunsichern zu lassen, sondern sich der eigenen Rechte und Stärken bewusst zu sein.

Handreichung und weiterführende Informationen: <https://www.mbr-berlin.de/?lang=de>

2. Auflage Integrationsspiel "Leben in Deutschland - spielend integrieren"

Die zweite Auflage des Integrationsspiels "Leben in Deutschland - spielend integrieren" ist erschienen.

Das Gesellschaftsspiel gilt als wichtiger Beitrag zur Integrationshilfe, Bildungsarbeit und Vermittlung von Werten und Grundkenntnissen über Deutschland zu vielfältigen Themen wie Demokratie, Kultur, Umgangsformen, Rechte und Pflichten, Hilfestellungen im Alltag.

Das Spiel ist in deutscher und arabischer Sprache erhältlich und kann ergänzend in der Arbeit mit Geflüchteten, in Sprachkursen, in der Berufsausbildung oder zur Vorbereitung auf den Einbürgerungstest eingesetzt werden.

Es wird zu einem Preis von 39,90 € angeboten. Zusätzlich gibt es einen Förderpreis von 49,90 €, der ermöglicht, dass jedes vierte Spiel gratis an geflüchtete Familien, Übergangwohnheime oder Ehrenamtliche abgegeben werden kann.

*Weitere Informationen sind abrufbar unter: <https://www.lid-integration.de/>
<http://www.buendnis-toleranz.de/archiv/themen/integration/172260/leben-in-deutschland-spielend-integrieren>*

Studie: „Was kommt nach der Schule? Wie sich Jugendliche mit Hauptschulbildung auf den Übergang in die Ausbildung vorbereiten“

Trotz einer zunehmenden Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt für Ausbildungssuchende zeigt eine Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI), dass sich fast die Hälfte der Jugendlichen mit Hauptschulbildung Sorgen um die berufliche Zukunft macht – deutlich mehr als vor fünfzehn Jahren. Das DJI erhebt im Rahmen ihrer Langzeituntersuchung, dem Übergangspanel, regelmäßig die Bildungs- und Ausbildungswege von Jugendlichen mit Hauptschulabschluss ausgehend vom letzten Pflichtschuljahr. Besonders unsicher schauen junge Menschen mit Migrationsgeschichte in die Zukunft: Zwei Drittel von ihnen zeigten sich bei den Befragungen unsicher hinsichtlich der Berufswahl. Einige von ihnen gingen weiter zur Schule, weil ihnen die beruflichen Pläne fehlten, und nicht etwa, um einen konkreten höherwertigen Beruf anzustreben. Daraus würden sich erhöhte Anforderungen an die Berufsorientierung ergeben angesichts eines immer flexibler werdenden Arbeitsmarktes, so die Studie.

*Die Studie erhalten Sie auf der Webseite des DJI unter:
<https://www.dji.de/medien-und-kommunikation/publikationen/detailansicht/literatur/27253-was-kommt-nach-der-schule.html>*

Studie "Geflüchtete Männer in Deutschland - Bedarfe, Herausforderungen und Ressourcen"

Im Rahmen des Projektes "movemen - empowering male refugees" des Bundesforums Männer entstand die Studie "Geflüchtete Männer in Deutschland - Bedarfe, Herausforderungen und Ressourcen". Die Studie lenkt erstmals den Blick auf Motivationen und Bedürfnisse von jungen geflüchteten Männern sowie auf ihre Erfahrungen und Lebensumstände. Aufgrund der großen Nachfrage gibt es nun als Nachdruck die zweite Auflage der Studie. Gedruckte Exemplare können bei der Geschäftsstelle des Bundesforums Männer bestellt werden.

Zudem steht die Studie sowohl als Lang- und als Kurzfassung, in verschiedenen Sprachen, zum Download auf der Webseite des movemen- Projektes zur Verfügung:

<https://movemen.org/de/angebote/publikationen/>

Auf dieser Seite sind auch weitere Studien und Informationen abrufbar.

Imagebroschüre Jugendberufshilfe in katholischer Trägerschaft

Seit Jahrzehnten leistet die Jugendberufshilfe in katholischer Trägerschaft wichtige Aufgaben zur beruflichen Integration benachteiligter junger Menschen. Diese Leistungen sind für Außenstehende jedoch zu wenig nachvollziehbar. Auch zentrale Kooperationspartner/-innen wie Schulen und Unternehmen zeigen sich oft überrascht, wenn sie von den vielfältigen Angeboten erfahren.

Die Jugendberufshilfe sollte nachvollziehbar ihre Leistungen herausstellen, um auf sich aufmerksam zu machen. Eine Grundlage hierfür ist eine Imagebroschüre, die den Bekanntheitsgrad der Jugendberufshilfe in katholischer Trägerschaft erhöhen und gleichermaßen von der Bundes-, Landes- und Einrichtungsebene genutzt werden kann. Damit sie auch für die Einrichtungen attraktiv ist, können diese zum Selbstkostenpreis ein professionell gedrucktes, farbiges Einlegeblatt mit Logo und Kontaktadresse ihrer Einrichtung bestellen.

Für die Imagebroschüre werden drei primäre Zielgruppen ausgemacht:

- Adressatengruppen im fachlichen Umfeld der Jugendberufshilfe (Klient/innen, Eltern, Arbeitgeber/innen, Unternehmen, Schulen, Agenturen für Arbeit, Jobcenter, Jugendämter, Beratungsstellen...)
- Zielgruppen innerhalb der kirchlichen Strukturen, der katholischen Jugendberufshilfe, Diözese, Jugendpastoral,...)
- Entscheidungsträger in der Politik (Kommune, Land, Bund, Ministerien,...)

Rückfragen und Anregungen gerne bei der zuständigen Fachreferentin für die BAG KJS:

Elise Bohlen, IN VIA Deutschland, elise.bohlen@caritas.de, Tel. 0761/200 639

Neu ausgeschrieben

PENNY Förderkorb

PENNY unterstützt seit 2015 durch die Auslobung des PENNY Förderkorbs lokale und regionale Projekte und Initiativen, die benachteiligte Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg unterstützen. Durch die Unterstützung dieser Einrichtungen sollen Zugangsbarrieren abgebaut und zu mehr sozialer Gerechtigkeit beigetragen werden.

Im vergangenen Jahr wurden 99 Organisationen mit Fördergeldern in Höhe von 250.000 EUR ausgezeichnet. 33 dieser Projekte profitieren darüber hinaus seit November 2018 vom Förderpenny. Mit dem Förderpenny können PENNY-Kunden mit nur wenigen Cent eine Organisation in Ihrer Nachbarschafts-Region unterstützen, die sich für benachteiligte Kinder und Jugendliche einsetzt.

Auch 2019 suchen wir wieder bundesweit 120 Projekte und Organisationen, die sich in ihrer Nachbarschafts-Region um eine Förderung von mindestens 2.000 EUR bewerben. Aus allen Bewerbungen werden drei Organisationen je Nachbarschafts-Region durch regionale Jurytandems ausgewählt. Diese erhalten einen Sofortgewinn von 2.000 EUR und die Chance, im Kundenvoting für den Förderpenny 2019/2020 ausgewählt zu werden.

Ab dem 11.2. bis 14.4.2019 können sich Organisationen sich mit ihren Aktivitäten online bewerben: www.foerderkorb.penny.de

Veranstaltungen

Veranstalt. Art	Thema/ Titel	Datum	Ort	Veranstalter
Fortbildung	Islam, Salafismus und Islamfeindlichkeit <i>ESF-Querschnittsziel „Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung“</i>	25.- 27.02.2019	Goslar, St. Jakobushaus	Goslar, St. Jakobushaus Tel. 05321 3426-0, info@jakobushaus.de https://www.jakobushaus.de/islam-salafismus-und-islamfeindlichkeit-0
Einführungswochenende	Einführung in die Gewaltfreie Kommunikation (GFK)	01.- 03.03.2019	Hannover, Stephansstift	Stephansstift Zentrum für Erwachsenenbildung, Simone Truderung https://www.dachstiftung-diakonie.de
Seminar	Fair statt fies - Methoden für die Prävention gegen Mobbing	05.+ 20.03.2019	Hannover, Seminarzentrum	Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen Andrea Buskotte www.jugendschutz-niedersachsen.de
Fortbildung	Basic Jugendschutz Sexualität	06.03.2019	Hannover, St. Clemens	Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen Andrea Urban, Tanja Opitz www.jugendschutz-niedersachsen.de
Fortbildung	Rolle rückwärts im Vollkontakt! - Mein Einstieg in die soziale Arbeit mit Jugendlichen	04.- 06.03.2019	Osterholz-Scharmbeck, Bildungsstätte Bredbeck	Nds. Landesjugendamt Jutta Gröne-Carl, Tel. 0511 89701-327 http://www.fobionline.jh.niedersachsen.de/detail.php?urlID=2390
Fortbildung	„Mobbing!? Tu was!“ No-Blame-Approach Mobbing-Interventionsansatz ohne Schuldzuweisung für Pro-Aktiv-Centren und Jugendwerkstätten AUSGEBUCHT	07.03.2019	Hannover, Stephansstift	LAG JAW, Franziska Hermes Tel. 0511 12173-31 pro-aktiv@jugendsozialarbeit.de www.nord.jugendsozialarbeit.de
Seminar	Auweia – Wenn Schmerz zum Ventil wird	18.03.2019	Hannover, Seminarzentrum	Landesstelle Jugendschutz Niedersachsen Jan Glienke www.jugendschutz-niedersachsen.de
Seminar	Aufwachsen und Leben in der digitalisierten Gesellschaft	19.03.2019	Paderborn, IN VIA Akademie	IN VIA Akademie Doris Kallemeier, Tel. 05251 2908-38 https://www.invia-akademie.de
Fortbildung	„Was tun, wenn...? Motivieren bei `Null Bock`“ für Pro-Aktiv-Centren und Jugendwerkstätten	21.- 22.03.2019	Hannover, Stephansstift	LAG JAW, Franziska Hermes Tel. 0511 12173-31 pro-aktiv@jugendsozialarbeit.de www.nord.jugendsozialarbeit.de

Veranstalt. Art	Thema/ Titel	Datum	Ort	Veranstalter
Fortbildung	Einfalt oder Vielfalt? - Diversität im Alltag <i>ESF-Querschnittsziel „Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung“</i>	25.- 27.03.2019	Goslar, St. Jakobushaus	Goslar, St. Jakobushaus Tel. 05321 3426-0, info@jakobushaus.de https://www.jakobushaus.de/einfalt-oder-vielfalt-diversit%C3%A4t-im-alltag
Seminar	'Notfallkoffer' - Systemische Traumabegleitung - Interventionen zur 'Erstversorgung' von Menschen mit traumatischen Erfahrungen	26.- 28.03.2019	Paderborn, IN VIA Akademie	IN VIA Akademie Doris Kallemeyer, Tel. 05251 2908-38 https://www.invia-akademie.de
Seminar	Workshop Medienpädagogik - Medienpädagogische Methoden für die Kinder- und Jugendarbeit	02.- 03.04.2019	Paderborn, IN VIA Akademie	IN VIA Akademie Doris Kallemeyer, Tel. 05251 2908-38 https://www.invia-akademie.de
Fortbildung	Work-Life-Balance	03.- 05.04.2019	Goslar, St. Jakobushaus	Goslar, St. Jakobushaus Tel. 05321 3426-0, info@jakobushaus.de https://www.jakobushaus.de/work-life-balance-2
Fortbildung	Achtsamkeit	15.- 18.04.2019	Goslar, St. Jakobushaus	Goslar, St. Jakobushaus Tel. 05321 3426-0, info@jakobushaus.de https://www.jakobushaus.de/achtsamkeit-1
Kurs	Das Zürcher Ressourcen Modell in der Kinder- und Jugendhilfe anwenden?!	24.- 25.04.2019	Hannover, Rotation in den ver.di-Höfen	Nds. Landesjugendamt Anke Boes, Tel. 0511 89701-307 http://www.fobionline.jh.niedersachsen.de/detail.php?urlID=2274

Impressum

„jugendsozialarbeit nord“ wird herausgegeben von der Landesstelle Jugendsozialarbeit

Redaktion: Ina Samusch (is)

Redaktionelle Mitarbeit: Florian Steenzen (ste), Christian Remark (re), Franziska Hermes (he)
V.i.S.d.P. Angela Denecke (ad)

Kopernikusstr. 3, 30167 Hannover

tel: 0511/12173-0 fax: 0511/12173-37 mail: infodienst@jugendsozialarbeit.de

Erscheinungsweise: monatlich, Bezugspreis: 30 Euro für 12 Monate

